

## Berufsbildung in der Volks- republik China – Auf dem Wege der Reform<sup>1</sup> – 5 Jahre vor der Jahrtausendwende

### Prof. Dr. Michael Guder



*Projektkoordinator in der Abteilung Ostasien der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und war bis Juni 1995 Berater am Zentralinstitut für Berufsbildung in Beijing. Er ist Honorarprofessor für Berufspädagogik an der Technischen Universität Dresden.*

**Die Wirtschaft der VR China hat heute zweistellige Wachstumsraten und befindet sich auf dem komplizierten Weg des Übergangs von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. In allen Bereichen mangelt es an qualifizierten Fachkräften, insbesondere an Facharbeitern. Das Berufsbildungssystem wird strukturell und inhaltlich reformiert. Der Beitrag stellt ausgewählte Reformaufgaben vor.**

Die VR China hat sich in der wirtschaftlichen Entwicklung und im sozialen Bereich für die Jahre bis 2000 und danach ehrgeizige Ziele gesteckt. Vor allem mit der Umwandlung der Staatsbetriebe in nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisierte und geführte Unternehmen sollen die Chancen für den Absatz auf den Außenmärkten erhöht und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft als Ganzes verbessert werden. Immer häufiger ist von einem „technologischen Schub“ die Rede, der dafür sorgen soll, daß die fortgeschrittene Technik aus den entwickelten Ländern übernommen wird, ohne den hundertjährigen Entwicklungsprozeß nachholen zu müssen.<sup>2</sup> Dabei hofft man wie in den Jahren zuvor auf zahlungskräftige Investoren aus dem Ausland, denn es gibt kaum eine Branche, in der nicht der technologische Rückstand und Schwierigkeiten in der Herstellung von Qualitätserzeugnissen festgestellt werden. Auch die Fertigungsphilosophie hat sich geändert. Chinas Betriebe wollen nicht nur den Zusammenbau ausländischer Erzeugnisse ausführen, sondern möglichst komplette Technologien übernehmen, eingeschlossen die Zuliefer-

produktion, um auf dieser Grundlage eigene Erzeugnisentwicklung betreiben zu können. Während bisher rund 80 Prozent der ausländischen Investitionen in arbeitsintensive Technologien investiert wurden, soll nunmehr stärker der High-Tech-Bereich entwickelt werden. Gleichzeitig drängen chinesische Firmen mit moderner Technik selbst stärker auf ausländische Märkte, wie zum Beispiel mit der Lieferung von Generatoren in den Iran oder dem technologischen Transfer mit Ländern Nordafrikas.<sup>3</sup>

In allen Wirtschaftsbereichen hat sich der Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften und an deren Weiterbildung enorm verstärkt, darunter der Dienstleistungsbereich, in dem heute bereits 20 Prozent der Erwerbstätigen beschäftigt sind. Das Berufsbildungssystem steht vor einem hohen Erwartungsdruck. Es kann den wachsenden Bedarf quantitativ noch nicht befriedigen, und es gibt Kritik an der Qualität der Ausgebildeten. Immer häufiger wird bemängelt, daß Schulbildung und Ausbildung zu theorielastig sind. Bücherwissen und formales Auswendiglernen stehen zu sehr im Vordergrund. Die Verbindung mit den Anforderungen des Arbeitslebens ist unzureichend. Man erwartet mehr Kreativität, Selbständigkeit und vor allem praktische Befähigung in allen Bildungsstufen.<sup>4</sup>

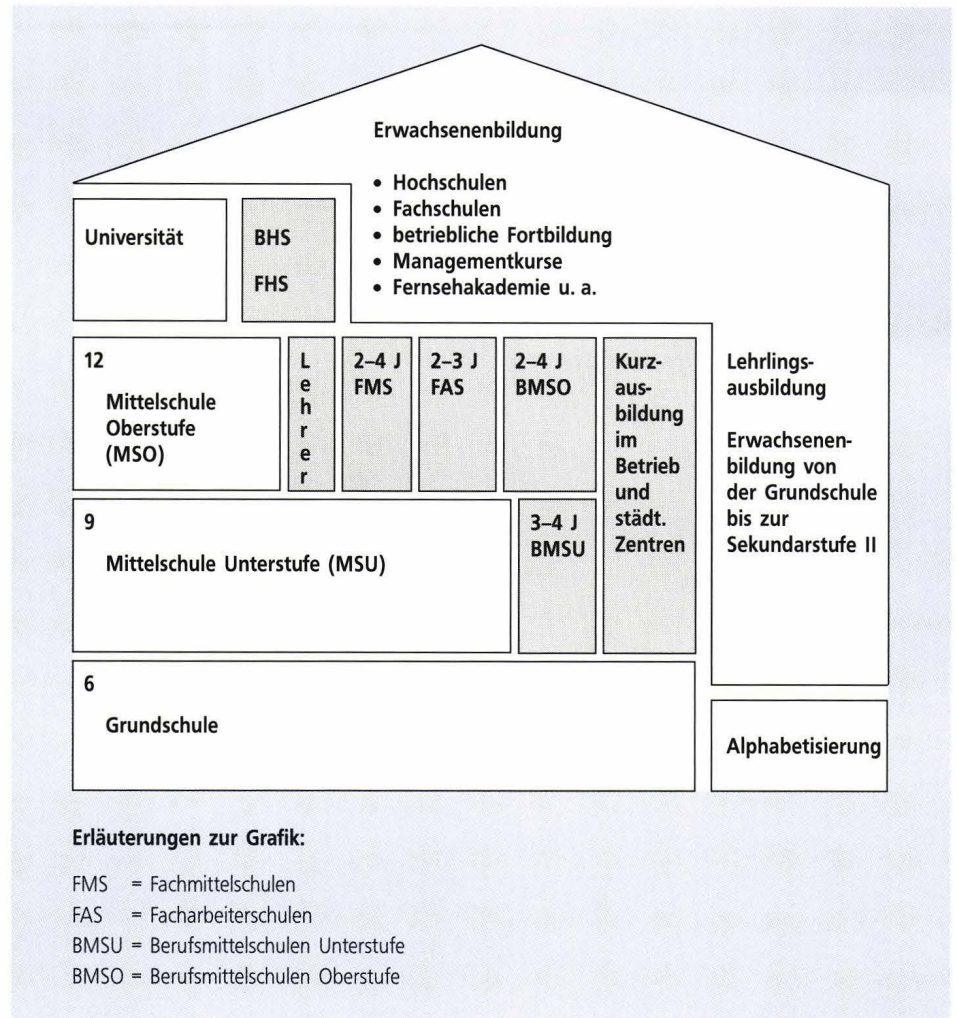
Eine weitere Herausforderung an die Berufsbildung sind Rationalisierungsprozesse in der Wirtschaft. Wie groß die Freisetzung von Arbeitskräften und der Umschulungsbedarf tatsächlich sein werden, läßt sich heute nur erahnen. Mindestens jeder dritte Staatsbe-

trieb ist in den roten Zahlen, arbeitet mit technologisch veralteten Ausrüstungen und beschäftigt zu viele Arbeitskräfte. Auf dem Nationalen Volkskongreß im März 1995 wurde eingeschätzt, daß auf den Lohnlisten der Staatsbetriebe rund 30 Millionen unterbeschäftigte Arbeitskräfte sind.<sup>5</sup> Vor wenigen Monaten wurde ein nationales Projekt „Wärme“ gestartet, das Geldmittel für die Weiterbildung aus dem In- und Ausland beschaffen soll. In diesem Zusammenhang wurde die Zahl der Arbeitslosen, der Wanderarbeiter und der für neue Aufgaben freizusetzenden Beschäftigten mit insgesamt 230 Millionen angegeben.<sup>6</sup> Das wäre mehr als jeder Dritte der rund 600 Millionen Erwerbstätigen (1993), ungefähr die Bevölkerung von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Spanien. Selbst wenn aus Gründen der Zweckmäßigkeit in dieser Statistik etwas hoch gegriffen wurde, die gewaltige Bildungsaufgabe und der soziale Kontext der Situation sind offensichtlich.

## Ausbildung und Beschäftigung

Mit dem Bildungsgesetz von 1986 wurde in China die 9jährige Pflichtschule für die großen Städte und ökonomisch entwickelten Gebiete verbindlich eingeführt und für die weniger und unterentwickelten Gebiete ein Stufenprogramm bis zur Jahrhundertwende aufgestellt. Die Abbildung 1 zeigt die daran anschließenden differenzierten beruflichen Bildungswege. Den Nachwuchs an Facharbeitern rekrutieren große und mittlere Staatsbetriebe aus eigenen beziehungsweise den Branchenministerien zugehörigen Berufsschulen, genannt Facharbeiterschulen (FAS). Eine zweite Quelle der Ausbildung von Facharbeitern sind die von regionalen Erziehungsbehörden und den örtlichen Regierungen unterhaltenen Berufsmittelschulen (BMS). Das Personal für die untere und mittlere Führungsebene erhalten die Betriebe von den Fachmittelschulen (FMS). Das sind Voll-

Abbildung 1: **Aufbau des Bildungssystems**



zeitschulen unterhalb der Hochschulebene, die für Berufe ausbilden wie in Deutschland die Technikerschulen. Eine kleine Zahl Jugendliche wird außerdem in Kursen an regulären Hochschuleinrichtungen in den sogenannten Berufshochschulen (BHS) ausgebildet, zum Beispiel für das Finanzwesen, das Gesundheitswesen, für Politikwissenschaft und Recht.

Bisher gilt die Regel, daß die Absolventen der Berufsschulen nach staatlichen Plankennziffern vermittelt beziehungsweise von den ausbildenden Betrieben direkt übernommen werden. Betriebe, die selbst nicht an der Ausbildung beteiligt sind oder einen größeren Eigenbedarf haben, können Absolventen gegen Erstattung eines geringen Bei-

trages zu den Ausbildungskosten übernehmen. Da die Zahl der Ausgebildeten unter dem Bedarf liegt, haben sich viele Betriebe natürlich auch in der Vergangenheit direkt über den Arbeitsmarkt bedient. Inzwischen hat sich das Reglement der staatlichen Vermittlung wesentlich gelockert. Mit dem Abschaffen der „Eisernen Reisschüssel“ wurden der Wahl des ersten Arbeitsplatzes und dem Wechsel des Arbeitsplatzes größere Freizügigkeiten eingeräumt. Nicht wenige zuständige Stellen verfahren mit der Vermittlung nach der Ausbildung jedoch wie zuvor restriktiv. Zudem ist in aktuellen Beschlüssen erneut festgelegt, daß die Verteilung der Studenten auf die Schultypen und Fachrichtungen nach dem Bedarf der Wirtschaft und entsprechend den Bedingungen in den Städten,

den Kreisen und auf dem Lande „umfassend zu planen ist“.<sup>7</sup>

Ein Hintergrund dieser Reformaufgabe ist die begrenzte Ausbildungskapazität der Berufsschulen. In jedem Jahr drängen rund 20 Millionen Jugendliche eines Altersjahrganges in die verschiedenen Wege der schulischen und beruflichen Bildung. Die Abbildung 2 zeigt den demographischen Verlauf der 15jährigen bis nach 2000, das Alter, in dem der Übergang in die Mittelschule Oberstufe oder in eine berufliche Ausbildung erfolgt. Im Jahre 1993 haben von den fast 18,9 Millionen 15jährigen 11,34 Millionen die Mittelschule Unterstufe (MSU) absolviert.

Die Abbildung 3 enthält die Verteilung auf die daran anschließende Sekundarstufe II, die insgesamt nur rund 5,7 Millionen Schüler aufnehmen konnte, 2,28 Millionen davon in die Mittelschule Oberstufe (MSO). Das heißt, nur jeder zweite Absolvent der 9. Klasse erhält die Möglichkeit der weiteren Ausbildung: das ist nicht einmal jeder Dritte des Altersjahrganges. Eine berufliche Ausbildung auf dem Niveau der Facharbeiter und Techniker erhalten nur 16,5 Prozent der 15jährigen. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in allen Bereichen der Wirtschaft beginnt den Weg in das Arbeitsleben mit einer Kurzausbildung.

In Anbetracht der geringen Zahl Ausbildungsplätze in der vollwertigen Berufsausbildung, aber auch vor dem Hintergrund des noch vorherrschenden einfachen technologischen Niveaus vieler Betriebe wird die Kurzausbildung mit Bildungsmaßnahmen von drei bis sechs Monaten gegenwärtig als ein Netzwerk ausgebaut. Besondere Beachtung findet die Reformmaßnahme „Erst Ausbildung, dann Beschäftigung“. Diese Kampagne wurde zum einen gestartet, um den Millionen Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten können, wenigstens mit einer Kurzausbildung mehr Chancen für den Arbeitsmarkt zu geben. Sie gilt besonders für

Abbildung 2: **Demographie der 15jährigen bis 2000**

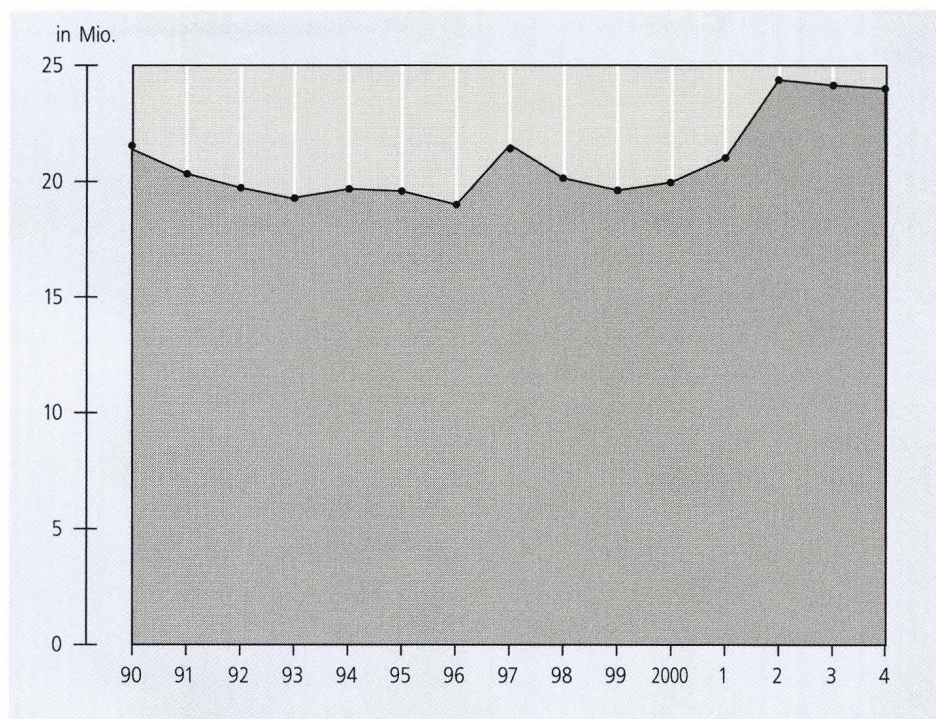
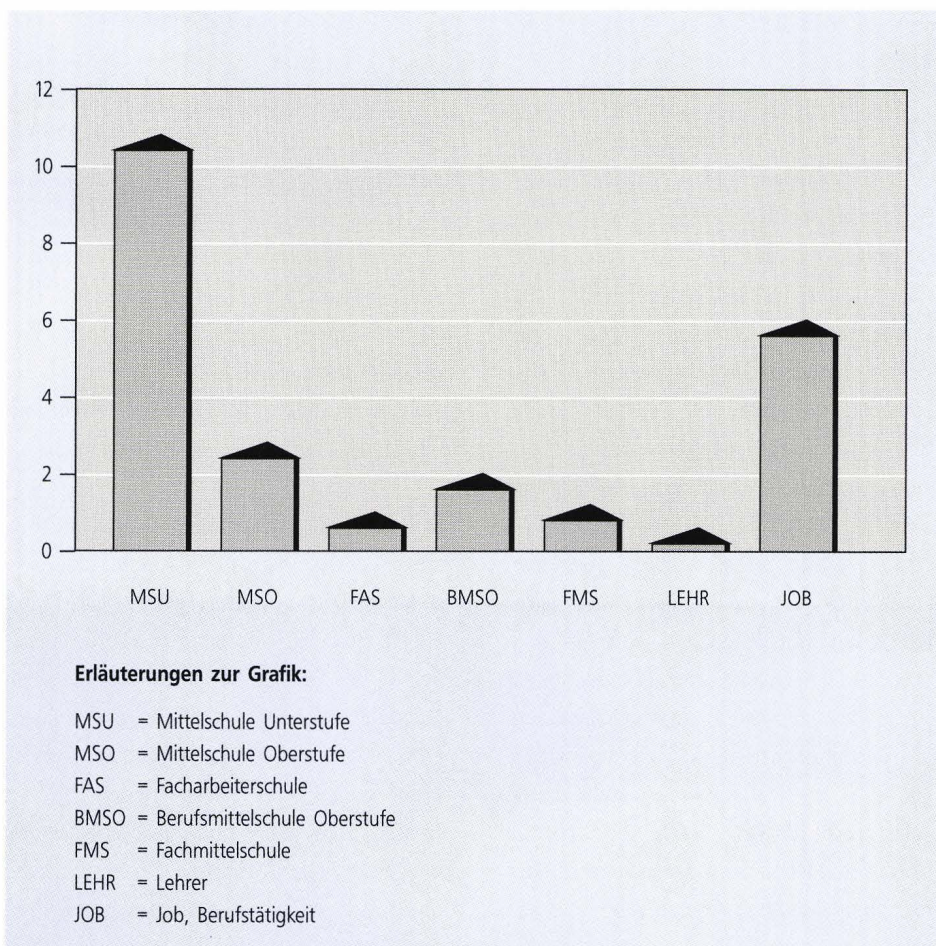


Abbildung 3: **Aufnahmen in der Berufsbildung**



viele junge Leute in den ländlichen Gebieten, die vor der Klasse 9 als „drop-outs“ aus der Schule aussteigen und ohne jede berufliche Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt gehen. Millionen von ihnen gehören zu den ländlichen Wanderarbeitern. Zum anderen richtet sich die Kampagne an die Adresse der Betriebe. Es wurde die Anweisung erteilt, daß Arbeitskräfte mit Ausbildungszertifikat zuerst einzustellen sind. Das ist eine Reaktion auf die verbreitete Praxis, ungelernete billige Arbeitskräfte aus dem Millionenheer der Unbeschäftigten aufzunehmen, um Kosten zu sparen. Das soll zukünftig unterbunden werden.

Die Ausbildung und Beschäftigung in der Landwirtschaft bereitet den zuständigen Stellen besondere Sorgen. Auf dem Lande leben mehr als 800 Millionen Menschen. Von den rund 443 Millionen Erwerbstätigen sind etwa 125 Millionen in Township-enterprises beschäftigt, zumeist in Anlern Tätigkeiten. Angaben über die Zahl der Wanderarbeiter reichen bis zu 100 Millionen.

In der Landwirtschaft dominieren Familienbetriebe mit kleinen Feldern. Die Ausbildung in landwirtschaftlichen Berufen ist eher die Ausnahme. Ein Teil der Genossenschaften bildet wie die Industriebetriebe selbst aus. Daneben bestehen Bildungszentren in der Regie der regionalen Erziehungsbehörden und anderer Träger, die entweder kleine Landwirtschaftsbetriebe unterhalten oder mit Genossenschaften kooperieren. Doch die dringend notwendige Intensivierung und Modernisierung erfordert mehr Fachleute, die mit effektiven Verfahren der Pflanzenproduktion und Tierproduktion und mit dem Umweltschutz vertraut sind. Ebenso besteht für die langsam wachsende Mechanisierung der Landwirtschaft Qualifizierungsbedarf. Das Netz der Bildungsstätten kann diesen Bedarf nicht decken. Nach ungesicherten Schätzungen leben die meisten Jugendlichen ohne abgeschlossene Allgemeinbildung und Berufsbildung im ländlichen Raum.

Der generelle Mangel an Ausbildungsplätzen für eine vollwertige Erstausbildung erklärt die besondere Rolle der Erwachsenenbildung, die in China quantitativ der stärkere Bereich der Berufsbildung ist. Im Jahre 1993 wurden fast 60 Millionen Beschäftigte in der Erwachsenenbildung registriert. Allerdings dominieren in der Erwachsenenbildung ebenfalls die Kurzausbildung beziehungsweise die kurzfristige Umschulung mit 4,94 Millionen Plätzen für Arbeiter und 45,1 Millionen für Bauern.

### **Das staatliche Berufsschulsystem – die Rolle der Betriebe**

Das Reformprogramm bis zur Jahrtausendwende hat die berufliche Bildung der sozialen und kulturellen Erziehung breiter Bevölkerungsschichten verpflichtet und der Befriedigung des wachsenden und differenzierten Qualifikationsbedarfs der Wirtschaft. Die grundlegende Reformidee lautet: Die berufliche Bildung auf unterer, mittlerer und höherer Ebene „tatkünftig zu entwickeln“.<sup>8</sup> Die differenzierten Bildungswege reichen von der Kurzausbildung bis zur Ausbildung an Berufshochschulen und in anderen Formen der „Kurzausbildung“ an Hochschulen. Der Begriff höhere Ebene wird außerdem verwendet für die Fortbildung im Anschluß an die mittlere Ebene, z. B. Abendschulen und Fernstudien oder die Fernsehakademien.

Das Kernstück der chinesischen Berufsbildung ist das Berufsschulsystem, das von staatlichen Institutionen geleitet wird und gleichzeitig eng mit der Wirtschaft verbunden ist. Es gibt große Betriebe, die eigene Facharbeiterschulen unterhalten, wie sie in Deutschland aus der Automobilindustrie bekannt sind. Ebenso haben Betriebe zu den Berufsmittelschulen und Fachmittelschulen kooperative Beziehungen. Große Betriebe tragen zudem mit eigenen Bildungszentren einen erheblichen Teil der Erwachsenenbil-

dung. Die Besonderheit des Systems besteht in der Art und Weise der Einbindung der Betriebe in die Ausbildung. Die Betriebe sind in erster Linie beteiligt an der Finanzierung und technischen Ausstattung der Berufsschuleinrichtungen. Sie sind zuständig für die Einstellung von Jugendlichen vor der Ausbildung und für die Übernahme von Absolventen der Berufsschulen.

Wenn die Schulen direkt einem Betrieb zugeordnet sind, werden auch die Gehälter der Lehrkräfte und Ausbilder und laufende Kosten getragen. Die praktische Ausbildung an betrieblichen Arbeitsplätzen bieten dagegen nur wenige Firmen an. Verbreiteter ist das Durchführen von Praktika für Schüler aus FAS, BMS und FMS, die jedoch eher als eine Beistell-Lehre zu bezeichnen sind. Die meisten Firmen lehnen die Erstausbildung im Betrieb ab, weil sie entweder zu teuer ist oder den Produktionsablauf stört. Es kommt nicht selten vor, daß Berufsschulen für das Durchführen von Praktika Gebühren an die Betriebe entrichten müssen.

Der Reformansatz ist, die Betriebe noch stärker finanziell an der Ausbildung des Nachwuchses und der Weiterbildung der Beschäftigten zu beteiligen. Bisher galt die Regel, daß die Firmen 1,5 Prozent der Lohnsumme (vor der Steuer) für die Aus- und Weiterbildung aufwenden konnten. Das haben jedoch nur zahlungskräftige Staatsbetriebe getan und wenige Township-enterprises in den ländlichen Gebieten. Direkte Finanzierung erfolgt außerdem durch die Ablösesumme für Absolventen, die an Berufsschulen gezahlt wird. Relativ neu ist die Erhebung einer Schulgebühr. Nach allen bisher zur Verfügung stehenden Informationen sollen zukünftig auch die nichtausbildenden Betriebe durch eine neue Steuer oder Umlagefinanzierung zur Unterhaltung von Berufsschulen oder von städtischen Berufsbildungszentren beitragen. Einzelheiten dazu sind frühestens im Herbst 1995 mit der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes zu erfahren. Ein Dissens mit der Wirtschaft ist abzusehen, denn

seit 1993 haben die Betriebe auch für die Finanzierung der Allgemeinbildung Abgaben zu entrichten.<sup>9</sup>

Der andere Reformansatz, daß die Betriebe aller Größen selbst mehr Ausbildung anbieten könnten, ergänzt durch schulische Ausbildung im bestehenden System, ist für die meisten chinesischen Firmen und auch die zuständigen staatlichen Stellen ein ungewohntes Konzept. Sie sind daran gewöhnt, daß der Berufsnachwuchs im staatlichen Berufsschulsystem ausgebildet wird. Doch das Konzept erhält neue Impulse, weil Betriebe und staatliche Stellen erkannt haben, daß die Schulen allein die fachlichen Anforderungen der Modernisierung nicht mehr erfüllen können, speziell bei der Ausbildung für neue Technologien, aber ebenso für die Berufe im tertiären Sektor. Zu den Befürwortern des Konzepts gehören nicht nur Betriebe, die seit den 50er Jahren eigene FAS betreiben. Von der Staatlichen Erziehungskommission (SEK) und den Provinzregierungen wurde die Idee der kooperativen Zusammenarbeit zwischen Schule und Betrieb in mehreren Berufsfeldern wesentlich gefördert durch die Modellversuche zu einer chinesischen dualen Ausbildung. Die chinesisch-deutschen Berufsbildungsprojekte der Entwicklungszusammenarbeit sind seit mehr als zehn Jahren ein Bestandteil dieser Versuche. Die beteiligten Firmen konnten sich davon überzeugen, daß die Selbstbeteiligung an der Nachwuchsausbildung für eine bessere Ausbildungsqualität viele Vorzüge hat. Natürlich sind Vorbehalte gegen die betriebliche Ausbildung nicht zu übersehen. Das hängt mit dem traditionell schlechten Ansehen der Facharbeiterausbildung zusammen und den Beziehungen Schule – Betrieb. Außerdem bestehen Bedenken aufgrund der ökonomischen Lage vieler Betriebe. Es ist bekannt, daß ehemals ausbildende große Firmen wegen finanzieller Schwierigkeiten die Ausbildung eingestellt haben oder dies beabsichtigen. Die Zusammenhänge mit dem oben genannten Finanzierungskonzept liegen auf der Hand.

Wie groß die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe sein wird und ob sie durch eine finanzielle staatliche Förderpolitik (z. B. Steuerabschreibungen, günstige Kredite etc.) verbessert werden kann, ist ein Gegenstand eines großangelegten Modellversuchs in drei Städten der Provinz Jiangsu, der gerade unter Leitung der Provinzregierung und der Staatlichen Erziehungskommission vorbereitet wird. In den Städten Changzhou, Suzhou, und Wuxi wird bis 1998 das Berufsbildungssystem Chinas erprobt. Zur Zeit ist die Beteiligung der Betriebe an der Ausbildung sehr begrenzt. Leider enthält die Bildungsstatistik dazu keinerlei Angaben. Wenn man großzügig annimmt, daß jede der rund 17 500 Berufsschulen (1993) in zehn Betrieben praktisch ausbilden darf, wären das nur 2,2 Prozent der registrierten 7,95 Millionen Staatsbetriebe und genossenschaftlichen Betriebe. In allen Branchen zusammengenommen gab es Ende 1993 fast 40 Millionen Betriebe aller Größenordnungen mit durchschnittlich 15 Beschäftigten.<sup>10</sup> In den Firmen mit ausländischem Kapital und denen mit Kapital aus Hongkong, Macao und Taiwan (1993 1,88 Millionen Beschäftigte), den 420 000 privaten Betrieben (1,86 Millionen Arbeitskräfte)<sup>11</sup> und den Township-enterprises wird nur in wenigen Fällen Ausbildung angeboten. Die von den zuständigen zentralen Stellen favorisierte „kooperative Berufsbildung“ von Schule und Betrieb geht davon aus, daß die Berufsschulen die Hauptrolle in der Kooperation behalten werden.

### Breite Beteiligung an der Berufsbildung

Um die Kapazität der Berufsbildung als Ganzes im Angesicht der wachsenden Schülerzahlen zu erhöhen, werden nicht nur die Betriebe in die Verantwortung genommen. Die SEK hat verschiedentlich erklärt, daß die Finanzierung durch staatliche Stellen nicht ausreichen wird. Es müssen alle nur denkbaren Quellen erschlossen werden, inclusive aus-

ländische Investoren.<sup>12</sup> Die Reform sieht vor, daß unter dem Gesamtplan der Regierungen aller Ebenen die Wirtschaftsbranchen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen einzeln oder gemeinsam Einrichtungen der Berufsbildung betreiben sollen. Auch die Parteien, die Branchengewerkschaften und Privatpersonen sind angesprochen. Rundfunk, Bildungsfernsehen und das Fernstudium gehören ebenfalls dazu.<sup>13</sup> Die Vielfalt der beabsichtigten Beteiligungen ist kaum mehr zu durchschauen. Um dem Wildwuchs und Mißbrauch einen Riegel vorzuschieben, sollen die Eröffnung und Schließung beruflicher Bildungsstätten streng nach Vorschriften und Genehmigungsverfahren des Staates erfolgen. Erfahrungsgemäß ist mit einer längeren Umsetzungsphase dieser Regelung in der chinesischen Administration zu rechnen.

Ein neuer Typ von Berufsschulen, der durch gemeinsame Finanzierung gegenwärtig eingerichtet wird, sind die Berufsbildungszentren (BBZ) in Städten und Kreisen der Provinzen. In den 80er Jahren hatten solche BBZ vor allem eine anleitende Funktion bei der Entwicklung von Lehrplänen und Lehrmitteln und waren zuständig für die Fortbildung des Leitungspersonals und der Lehrkräfte. Die neuen Zentren entstehen durch die Zusammenlegung verschiedener Schultypen und können alle nur denkbaren Berufsbildungsaufgaben unter einem Dach vereinen, von der Kurzausbildung bis hin zur Umschulung in andere Berufe. Auch Bildungssendungen des Rundfunks und Fernsehens werden hergestellt und ausgestrahlt. Es gibt Pläne, die Schülerzahlen solcher Zentren bis auf 4 000 zu erweitern.<sup>14</sup>

Neben den herkömmlichen Lehrwerkstätten sind den BBZ auch Schulfabriken oder landwirtschaftliche Betriebe angegliedert, eine der häufigsten Verbindungen der Berufsschule mit der Produktion. Sie bestehen ebenfalls an einem Teil der FAS und BMS. Auf diesem Wege sollen Schulen als Zentren für das Verbreiten moderner Techniken und wissen-

schaftlicher Erkenntnisse dienen, besonders auf dem Lande. Ein Doppelziel der Ausbildung ist die bessere Handlungsfähigkeit der Schüler und die wechselseitige Förderung der Beziehung von Berufsbildung und Wirtschaft in der Region.<sup>15</sup> Schulbetriebe dienen zuerst dem Gelderwerb, nicht alle bilden aus. Erst an zweiter Stelle werden sie für Lehrzwecke genutzt, wobei diese Form produktiver Arbeit wachsendes Interesse findet.

## Reformansätze in den Berufsschulen

Die Beteiligung verschiedener Institutionen an der Berufsbildung betrifft auch die innere Reform der Berufsschulen. Für die Leitung sollen Vorstände gebildet und ein „principal“-Verantwortungssystem eingeführt werden. Das Fernziel ist die Selbstverwaltung bei gleichzeitiger Stärkung der Führungsverantwortung der Trägerbehörden. Da die Finanzmittel knapp sind, werden in jeder Stadt und in jedem Kreis ein oder zwei „Vorbildschulen“ geschaffen, die als Leitschulen für die Reform dienen. Zugleich wird mehr Qualität in der Ausbildung gefordert. An allen Berufsschultypen besteht ein Defizit in der Beachtung beruflicher Anforderungen. Die Betriebe sind an der Entwicklung der Lehrpläne selten beteiligt. Auch bei den fachtheoretischen Inhalten fehlen die Verbindungen zur Arbeitswelt. Lehrkräfte und Ausbilder verfügen kaum über praktische Berufserfahrungen, viele haben noch nie einen Produktionsbetrieb gesehen. Die Fachdidaktik ist wenig entwickelt, Lehrmittel und Medien müssen aktualisiert werden.

Ein Hauptproblem der FAS sind die eng geschnittenen Berufsbilder, die entsprechend der beruflichen Arbeitsteilung in den chinesischen Unternehmen zu Beginn der 50er Jahre in enger Anlehnung an die sowjetische Berufsbildung übernommen wurden. Ausgebildet wird in Kooperation mit Betrieben von 46 Branchenministerien nach relativ eng profi-

lierten ca. 500 Fachrichtungen, die sich mit Industriebereufen in Deutschland aus den 50er und 60er Jahren vergleichen lassen. Empfehlungen zur breiteren Grundlagenbildung und Fachbildung gibt es seitens der Branchenministerien, aber die Prüfungsregelungen des Arbeitsministeriums räumen für solche Veränderungen wenig Spielraum ein. Die meisten Unternehmen haben eine ausgeprägte tayloristische Arbeitsteilung. Aus Gründen der Beschäftigungssicherung müssen Kompromisse bei der Profilierung der Berufe eingegangen werden. In den chinesischen Banken arbeiten z. B. sechs Mitarbeiter an Aufgaben, die in Deutschland von zwei Angestellten zu erledigen sind. Die seit Juni 1992 gültige Berufsklassifikation der Angelernten und Facharbeiter mit 4 563 Berufstätigkeiten, für die zwischen sechs Monaten und drei Jahren ausgebildet wird, verdeutlicht das Problem.

Die an den BMS ausgebildeten Berufe befinden sich ebenfalls in der Neuordnung. Die ursprünglich als Alternative zu den Mittelschulen Oberstufe gedachte Ausbildung für gewerblich-technische, landwirtschaftliche, kaufmännische und andere Berufe hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr für den Dienstleistungssektor profiliert. BMS bilden heute für Banken und Versicherungen, für Hotels und den Tourismus, aber auch Schneider, Friseure, Kosmetikerinnen, Modegestalter und Kraftfahrzeugmechaniker aus. Über die Anzahl der Berufe und deren Tätigkeitsprofil gibt es keine Übersicht mehr. Die Erziehungsbehörden und lokalen Regierungen haben aufgrund des Bedarfs der örtlichen Wirtschaft in eigener Regie die Berufsstruktur und Ausbildungskapazitäten verändert. Die SEK hat deshalb vor kurzem eine Untersuchung der ursprünglich zwölf Berufsfelder veranlaßt.

Am meisten kontrovers ist die Diskussion über die Entwicklung der FMS. Die an diesem Schultyp in neun Berufsfeldern und 518 Fachrichtungen ausgebildeten „Kader“ be-

setzen vor allem die unteren und mittleren Führungspositionen in der Wirtschaft. Das ist kein Problem in Fachrichtungen, wie Buchhaltung oder Außenhandel, die sich in vollzeitschulischer Form mit ergänzenden Betriebspraktika ausbilden lassen. Aber in den gewerblich-technischen Berufen verstärkt sich die Kritik aus der Wirtschaft, daß die Absolventen keine praktische Berufserfahrung haben und gegenüber den solider ausgebildeten Facharbeitern benachteiligt sind. Es wurde bereits erprobt, in den Ausbildungsgang verstärkt berufspraktische Übungen einzufügen. Doch auch mit dieser Ergänzung konnten die von den Betrieben nachgefragten berufserfahrenen Techniker nicht ausgebildet werden. Dennoch werden die FMS vermutlich wie bisher als Vollzeitschulen mit differenzierter Ausbildungsdauer im Anschluß an die Klasse neun oder zwölf bestehen bleiben. Es gibt außerdem von der SEK die Empfehlung, in einigen Fachrichtungen das Studium im Anschluß an die Klasse neun von vier auf fünf Jahre zu erweitern und damit den Status von Fachhochschulen zu erreichen. Die FMS wären dann auf der gleichen Ebene wie die sogenannten BHS angesiedelt. Diese Tendenz zu höheren Abschlüssen ist für die ganze Reform kennzeichnend. Die Bezeichnung Fachhochschule in der deutschen Übersetzung ist mißverständlich, denn der Studiengang entspricht in keiner Weise dem von praktisch ausgebildeten Ingenieuren.

Nicht zuletzt haben alle zuständigen Stellen die Vorgabe erhalten, den Anteil der Jugendlichen in den Berufsschulen im Verhältnis zu der Schülern in der Mittelschule Oberstufe auf mehr als die Hälfte zu erhöhen. Auf der einen Seite sollen damit die Bewerberzahlen an den Hochschulen reduziert werden. Für die 2,32 Millionen Absolventen der Mittelschule Oberstufe standen 1993 rund 920 000 Studienplätze zur Verfügung. Die Zahl der Studienplätze kann in absehbarer Zeit nicht erhöht werden.<sup>16</sup> Auf der anderen Seite drängt die Wirtschaft darauf, daß mehr Jugendliche eine Berufsausbildung als Fachar-

beiter oder Techniker erhalten, denn exakt geht es um die Verteilung von nicht viel mehr als 50 Prozent der Absolventen der Mittelschule Unterstufe auf alle anschließenden Bildungswege. Im Vergleich zu den Industrieländern ist auch die Ausbildung im Hochschulbereich anteilig gering. An den regulären Universitäten und Hochschulen und an den Hochschulen der Erwachsenenbildung gab es 1992 bei 594 Millionen Erwerbstätigen 4,398 Millionen Studenten (0,733 Prozent). In der Bundesrepublik Deutschland waren es zum Vergleich im selben Jahr 34,66 Millionen Erwerbstätige und 1,698 Millionen Studenten (5,26 Prozent).<sup>17</sup>

## Veränderungen in der Bildungsverwaltung

Die traditionell dreigliedrige Verwaltungsstruktur der Berufsbildung, die von den Erziehungsbehörden, den Branchenministerien und den Arbeitsbehörden auf zentraler und regionaler Ebene getragen wird, wird voraussichtlich auch nach 2000 Gültigkeit haben. Wie in der Wirtschaft lautet der Reformansatz „Makro-Steuerung“ bei gleichzeitiger Übertragung von mehr Verantwortung auf die regionalen Ebenen. Die 1985 aus dem Erziehungsministerium hervorgegangene Staatliche Erziehungskommission wurde verantwortlich gemacht für die gesamte Bildungsreform. Sie verantwortet die Berufsbildungspolitik, die Gesamtplanung der Berufsbildung und andere übergreifende Aufgaben der Anleitung und Kontrolle.<sup>18</sup> Gleichzeitig soll die Zuständigkeit der regionalen Erziehungskommissionen gestärkt werden. Unter dieser Leitfunktion steht auch die Kooperation und Arbeitsteilung mit den anderen Ministerien. Welche Veränderungen für die Verwaltung der Berufsbildung sich daraus ergeben werden, ist noch nicht zu übersehen. Am Beispiel der Leichtindustrie war zu erfahren, daß die Festlegung der Aufnahmekontingente, die Vermittlung nach der Ausbildung, die

Schulorganisation und die Koordinierung mit der örtlichen Wirtschaft von den regionalen Instanzen verantwortet werden. In der Zentrale verbleiben neben anderen Aufgaben die Ausarbeitung mittel- und langfristiger Prognosen; die Koordination der Ausbildungszentren und die Netzentwicklung; die Klassifikation der Berufe beziehungsweise Fachrichtungen; die Lehrplanentwicklung und die Schulaufsicht und damit maßgebliche Führungsaufgaben.<sup>19</sup>

Ein spezielles Reformthema in der Bildungsverwaltung, das Prüfungssystem, kann hier nur angedeutet werden. Im Auftrag des Staatsrates führt das Arbeitsministerium gegenwärtig landesweit ein neues Zertifikatensystem ein, das von der unteren Stufe der Teilausbildung bis zu den Abschlüssen der Hochschulausbildung reichen soll und an der Berufsklassifikation der ILO, dem in Kanada und Australien praktizierten CBT-System und anderen internationalen Vorbildern angelehnt ist. Die Anmeldung zu den Prüfungen soll unabhängig vom Bildungsweg möglich sein. Ein Teil der Zertifikate mit internationaler Anerkennung wird aus dem Ausland übernommen, zum Beispiel aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten oder Japan. Das soll die Motivation der Auszubildenden fördern und die Chancen für ausländische Arbeitsmärkte verbessern. Auch die Übernahme von Zertifikaten aus Deutschland ist im Gespräch. Das vor drei Jahren eingeführte „2-Zertifikatensystem“ wird darin eingeordnet und ergänzt durch Berufstitel, wie „Junior-Techniker“ und „Senior-Techniker“ für die Abschlüsse der höheren Stufe.

## Lehrkräfte und Ausbildungspersonal

Die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte für die Berufstheorie und die berufspraktische Ausbildung ist eine der schwierigsten Reformaufgaben. Nach der Bildungsstatistik sind genügend Lehrkräfte vorhanden. Das

Lehrkräfte (Theorie und Praxis)-Schüler-Verhältnis liegt bei 1 : 12 und einer wöchentlichen Kontaktstundenzahl zwischen acht und 14. Hinzu kommen zahlreiche nebenberufliche Lehrkräfte, die in der Statistik nicht erfaßt sind. Das Problem ist die Qualität der Aus- und Fortbildung. Zwar existieren für Lehrkräfte der Berufstheorie 14 Berufspädagogische Hochschulen oder Fakultäten an Technischen Hochschulen, aber die Studenten haben in der Regel keine berufliche und betriebliche Vorbildung. Pädagogik, Didaktik und Psychologie werden von Pädagogen der Allgemeinbildung gelehrt. Mit Förderung durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit wird eine neue Variante praxisorientierter Ausbildung an der Tongji-Universität Shanghai erprobt. Auch am Institut für Angewandte Technologie in Hangzhou läuft ein Modellversuch. Die Ausbilder in der VR China sind vor allem die Lehrkräfte in den Schulwerkstätten und Labors. Sie rekrutieren sich aus ehemaligen Absolventen der Schulen, Lehrern und Ingenieuren. Wie diese Berufsgruppe zukünftig aus- und fortgebildet werden wird, hängt maßgeblich davon ab, welchen Stellenwert die betriebliche Ausbildung erhalten wird.

## Ausblick

Die für die Reform bekräftigte Bildungsphilosophie, daß die berufliche Bildung in allen Bereichen und auf allen Ebenen mit den Erfordernissen der Wirtschaft und der sozialen Entwicklung enger zu verbinden ist, ist für Chinas traditionell theorieorientiertes Schulsystem bereits eine Reform an sich. In Erwartung starker Schülerjahrgänge und unter Beachtung der insgesamt differenzierten Beschäftigungsanforderungen in den Wirtschaftsbereichen werden viele Bildungsmaßnahmen pragmatisch auf aktuelle Bedürfnisse eingerichtet. Die breite berufliche Bildung, die über die unmittelbaren Erfordernisse des betrieblichen Arbeitsplatzes hinausgeht, Bildungsvorlauf schafft und beruf-

liche Flexibilität und Mobilität ermöglicht, ist für die Bildungspolitiker, die Berufsbildner und andere Verantwortliche wie auch für die Beschäftigten noch eine Vision der Zukunft.

Langfristig zielt die Reform darauf, das Ansehen der Berufsbildung insgesamt zu verbessern, noch vorhandene „Erscheinungen der Verachtung“ zu verändern. Eltern und Jugendliche sind einseitig auf die Abiturstufe und das Studium fixiert oder zumindest auf die Ausbildung an einer Fachmittelschule. Es gibt erste Überlegungen, die Berufsbildung durchlässiger zu machen. Die einzelnen Wege sind Einbahnstraßen. Wer in die Berufsbildung der höheren Stufe oder gar bis zum Studium an der Universität gelangen möchte, kann nur den steinigen Pfad der Erwachsenenbildung mit einer Vielzahl von Prüfungen gehen. Die Verantwortlichen wissen sehr wohl, daß die Berufsbildung allein diese Reformaufgabe nicht lösen kann.

Neu für China ist die wissenschaftliche Begleitung der Reformarbeit. Die Staatliche Erziehungskommission hat 1990 mit deutscher Förderung ein Zentralinstitut für Berufsbildung in Beijing (ZIBB) und zwei Regionalinstitute (RIBB) in Shanghai und Liaoning gegründet, die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf Landesebene und regionaler Ebene durchführen. Die Institute arbeiten unter anderem an der Neuordnung von Berufen, sie erproben in Modellversuchen Formen der kooperativen Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und Betrieben, fördern die Verbreitung moderner Ausbildungsmethoden und sind beteiligt an Entwicklungsarbeiten für ein System der Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte und des Ausbildungspersonals.

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Unter diesem Titel veröffentlicht der Verfasser in einem Sonderheft des BIBB demnächst einen ausführlichen Bericht.

<sup>2</sup> Vgl. Gao Qi: Die Auswirkungen der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung Chinas auf die Ausbildung seiner Arbeitskräfte. In: Bericht des Symposiums „10 Jahre chinesisch-deutsche Zusammenarbeit in der Berufsbildung, Stand – Perspektiven“ vom 14.–18. Nov. 1994 in Hangzhou. Hrsg.: Staatliche Erziehungskommission (SEK) der VR China, Hanns-Seidel-Stiftung (HSSSt) München, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) Eschborn, Beijing, März 1995, Seite 21–26.

<sup>3</sup> Iran generates power deal. China Daily, Beijing 10. 3. 1995, p. 5.

<sup>4</sup> Vgl. Labour force schooling nessesary. China Daily, Beijing 26. 12. 1994, p. 4.

<sup>5</sup> Vgl. Sun Shangwu: Job loss can be route to new career. China Daily, Beijing 8. 3. 1995, p. 4.

<sup>6</sup> Vgl. Warm Projekt launched to train nations jobless. China Daily, Beijing 17. 1. 1995, p. 2.

<sup>7</sup> Vgl. Beschluß des Staatsrates der VR China über die tatkräftige Entwicklung der Berufsbildung vom 17. 10. 1991, Arbeitsübersetzung ZIBB, Abschnitt 2.1.

<sup>8</sup> Vgl. Beschluß des Staatsrates der VR China über die tatkräftige Entwicklung . . . , a. a. O., S. 10.

<sup>9</sup> Vgl. Umriß der Reform und Entwicklung der Bildung in China. Beschluß des ZK der KPC und des Staatsrates der VR China vom 13. Februar 1993, Artikel 48, S. 53 (Dieser Beschluß wird heute meist unter der Bezeichnung „50 Prinzipien der Entwicklung des Bildungswesens“ zitiert. Er gilt als die Strategie für die Zeit bis nach der Jahrtausendwende.)

<sup>10</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch \*China 1994. Staatliches Statistisches Amt, Statistikverlag, Beijing 1994, Seiten 17 bis 19 und 83 bis 106.

<sup>11</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch China 1994, a. a. O., Tabelle 4–13, S. 100–101.

<sup>12</sup> Vgl. State seeks new fund sources to meet vast educational needs (aus einer Rede des Bildungsministers Zhu Kaixuan auf einer Pressekonferenz am 14. 3. 1995) China Daily, Beijing 15. 3. 1995, p. 1.

<sup>13</sup> Vgl. Umriß der Reform und Entwicklung der Bildung in China, a. a. O., S. 13–24.

<sup>14</sup> Vgl. Gao Qi: Die chinesischen Berufsbildungszentren. ZIBB Zirkular Nr. 3, Beijing April 1994, S. 5–7.

<sup>15</sup> Vgl. Liu Laiquan: Die gegenwärtige Lage und Ausichten der Berufsbildung in China. ZIBB Zirkular Nr. 3, Beijing April 1994, S. 1–4.

<sup>16</sup> Vgl. State curbs enrollment in higher education. China Daily, Beijing 28. 2. 1995, p. 1.

<sup>17</sup> An dieser Stelle ist anzumerken, daß Statistiken in China mit viel Zeitverzug erscheinen. Das statistische Jahrbuch 1994 erschien Ende des Jahres. Erfasst sind die Daten bis Dezember 1993. Um vergleichbare Werte zu erhalten, mußte deshalb auch auf die Jahre davor zurückgegriffen werden.

<sup>18</sup> Vgl. Reform der chinesischen Bildungsstruktur – Beschluß des Zentralkomitees der KPC vom 27. Mai 1985. Auslandspresse, Beijing 1985, S. 18.

<sup>19</sup> Vgl. Tang Liyun: Überlegungen zu den Verwaltungsfunktionen der zentralen Einrichtungen der Berufsbildung. In: Bericht des Symposiums „10 Jahre chinesisch-deutsche Zusammenarbeit in der Berufsbildung . . .“, a. a. O., S. 65.

## Ausschuß für Fragen Behinderter (AFB)

Saskia Keune

**Auf einer seiner letzten Sitzungen am 18./19. Mai 1995 hat sich der Ausschuß für Fragen Behinderter, der das Bundesinstitut für Berufsbildung auf dem Gebiet der beruflichen Bildung Behinderter berät, u. a. mit der Integration von behinderten Jugendlichen in die betriebliche Wirklichkeit befaßt.**

Hierzu lagen interessante Modellversuchsergebnisse vor, die eine enge Kooperation von Betrieben in Rheinhessen-Vorderpfalz mit dem Berufsbildungswerk Worms zum Gegenstand haben. Im Berufsbildungswerk Worms erhalten junge Menschen mit Behinderungen, unterstützt von begleitenden Diensten und angeleitet von fachkundigen Mitarbeitern eine qualifizierte Berufsausbildung.

Zentrale Zielsetzung des Modellversuchs war die Verbesserung der Marktchancen junger Menschen mit erheblichen Lern- und Leistungsproblemen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, daß junge Menschen mit Behinderungen zunehmend weniger Chancen auf dem enger werdenden Arbeitsmarkt haben.